

**Réfugié-e-s: le POSL préoccupé**

La situation actuelle des réfugié-e-s a fait l'objet d'un échange de vues entre le Comité pour le respect des réfugiés et contre les retours forcés et le POSL. Dans son communiqué, ce dernier mentionne la politique d'intimidation à l'égard des réfugié-e-s et les "conditions alarmantes dans lesquelles réfugiés et demandeurs d'asile sont expulsés vers leurs pays." La délégation socialiste, conduite par Ben Fayot, a partagé l'avis que "la décision du retour, notamment au Monténégro, reste très préoccupante au vu de la situation politique actuelle de la région" et le doute que "la sécurité des réfugiés soit actuellement garantie". Une autre identité de vue porte sur la critique de l'interprétation restrictive des critères de la Convention de Genève faite par le Ministère de la Justice.

Le POSL semble être en train de trouver ses marques en matière de politique d'asile. Rappelons que lors de la manif' du 20 août, Alex Bodry, interrogé par RTL, avait sévèrement critiqué la manière dont les expulsions s'étaient déroulées. Plus récemment, Ben Fayot a publié un communiqué en commun avec Renée Wagener: les deux député-e-s y demandaient au parquet de renoncer aux poursuites contre les manifestant-e-s du Findel.

**Multi-modale Menschen**

Unter dem Thema "Andere Richtungen" haben die Grünen der Euroregion SaarLorLux am Donnerstag vergangener Woche zu einem gut besuchten Kongress nach Luxemburg eingeladen. In Fachreferaten und Diskussionsgruppen sollten Strategien für eine neue regionale Verkehrspolitik entwickelt werden. Liberalisierung und Verteufelung des Autos sind dabei zwei Reizthemen, denen sich die Grünen und die geladenen ExpertInnen differenzierter stellen wollen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Heiner Monheim von der Uni Trier warnte davor, nur noch in "Schienen zu denken". Auch in der breiten Fläche müsste das Angebot des öffentlichen Verkehrs verbessert werden. Monheim begrüßt dabei den sinnvollen Einsatz privater PKW: "Der Mensch ist multi-modal gestrickt." Die Liberalisierung des ÖPNV beinhalte sowohl Chancen als auch Gefahren, so Monheim weiter. Zum einen müsse es zur Entbürokratisierung der sehr nationalstaatlich denkenden großen Verkehrsgesellschaften kommen. Zum anderen dürfe eine Liberalisierung nicht einfach zu Kosten- und damit zum Sozialdumping führen. Ziel sei vielmehr, einen bestmöglichen ÖPNV zu erreichen. Die Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand für die Schienen-Infrastruktur steht dabei aber nicht zur Debatte. Als ersten konkreten Schritt schlagen die Grünen nun einen interregionalen Verkehrsrat mit verbindlichen Kompetenzen vor.

**Folgen von Göteborg und Genua**

Der Schock vom 11. September ließ sie in Vergessenheit geraten: die Ereignisse im Juli in Genua, wo Hunderte von GlobalisierungsgegnerInnen von der italienischen Polizei zum Teil schwer misshandelt und inhaftiert worden waren. Aus Mangel an Beweisen musste die Polizei mittlerweile alle Gefangenen wieder freilassen. Viele der Betroffenen haben Anzeige wegen Körperverletzung und Nötigung erstattet. Ob es zu Anklagen gegen Polizisten kommen wird, ist noch unklar.

Die Folgen der Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen während des EU-Gipfels in Göteborg sind indes inzwischen aktenkundig: Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen wurden gegen 29 Menschen Haftstrafen von sechs Monaten bis zu vier Jahren verhängt. Das, obwohl laut Prozessbeobachter auch hier die Beweislage oft äußerst dürrig war. Das mussten zuweilen selbst die Justizbehörden einsehen. Der Berliner Gewerkschaftler Hannes Heine etwa war zunächst zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden, weil er sich in Göteborg an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt haben soll (woxx berichtete). Jetzt wurde das IG-Medien-Mitglied im Revisionsverfahren wieder freigesprochen.

**GENPATENTE**

# Health Business gegen Sozialmedizin

**Die Pharma-Industrie nutzt die Genpatentierung, um eine Zwei-Klassen-Medizin auch in Europa einzuführen. Das demokratische Defizit der EU leistet dabei treue Dienste.**

(roga) - Das Europäische Patentamt sorgt für Aufregung: Es hat soeben ein Patent auf das Brustkrebsgen BRCA 1 erteilt. Ein guter Zeitpunkt also für Greenpeace, um am vergangenen Dienstag zu einem kritischen Vortrag über die medizinischen Aspekte der umstrittenen EU-Genpatent-Richtlinie einzuladen.

Gastredner Dr. Ottmar Kloiber, Gutachter der deutschen Ärztekammer im Untersuchungsausschuss des Bundestages, stützte sich auf vier Argumente der Pharma-Industrie zugunsten der Richtlinie, um sie zu entkräften. Nein, die Patente schützen nicht die Investitionen. Nein, der Fortschritt der Medizin werde eher behindert denn gefördert. Nein, durch Patente werden Medikamente nicht schneller verfügbar, sondern können im Gegenteil aus kommerziellen Interessen vom Markt ferngehalten werden. Nein, Patente stellen keine Öffentlichkeit her, sondern führen die Forscher zu Abstinenz bei Teilveröffentlichungen. So die Einschätzung des Wissenschaftlers.

Auch wenn Kloiber sich in seiner Eigenschaft als Gutachter auf die Patentierung von menschlichen Organismen beschränkt, für ihn ist trotzdem klar: Für pflanzliche und tierische Lebewesen müssen die

gleichen ethischen Kriterien gelten. Zwei paradigmatisch gefärbte Elemente brachte der Redner in die Diskussion. Beide sind dafür geeignet, das Verantwortungsgefühl der Parlamentarier anzusprechen: In den USA habe die medizinische Versorgung inzwischen den Status eines "commodity business" erlangt, wo nach Marktkriterien zwischen teurer Medizin für Reiche und "minimum care" für Arme aufgefächert wird. Um eine solche Entwicklung in Europa zu verhindern, müsse das gültige sozialstaatliche Modell einer medizinischen Versorgung, die für alle zugänglich ist, aufrecht erhalten werden. Eine Vermehrung von Patentrechten auf neuen Diagnose- und Therapieverfahren werde die medizinische Versorgung mittelfristig derart verteuern, dass der Marsch in amerikanische Verhältnisse vorprogrammiert sei, so Kloiber.

Auch das demokratische Defizit der Europäischen Union prangerte der Gutachter an. Sein Einwand: Solange es keine europäische Verfassung gibt, die verbindliche Grundwerte definiert, sei es nicht weiter verwunderlich, dass zum Beispiel der Europäische Gerichtshof nichts ethisch Bedenkliches an der Richtlinie auszusetzen hat (siehe auch Seite 6).

Zu den demokratischen Mängeln gehören laut Kloiber außer-

dem undurchsichtige Prozeduren. Unter dem Einfluss einer starken Industrie-Lobby würden Richtlinien hinter verschlossenen Türen von einem erlesenen Kreis von Technokraten der Länder und der Kommission ausgearbeitet, ohne dass die nationalen Parlamente und das Europaparlament rechtzeitig und effizient in den Prozess eingebunden wären. So kommen solch surreale Situationen zustande, dass das Europaparlament angesichts der Auswirkungen der Richtlinie - die übrigens 1998 von den EU-Abgeordneten selbst gutgeheißen wurde -, empört reagiert und den inzwischen illusorisch anmutenden Rückzug des Patentes der Firma Myriad auf das BRCA1-Gen fordert.

Im Luxemburger Parlamentsausschuss steht in Kürze erneut der von Minister Grethen geschickt abgewehrte Antrag von Mady Delvaux (woxx berichtete) zur Debatte. Darin fordert die LSAP die Regierung auf, als erstes Land der Union eine Neuverhandlung der Richtlinie zu beantragen. Inzwischen ist aber auch klar, dass die LSAP lediglich Artikel 5, Absatz 2 der Richtlinie abändern will, der in der Tat die Patentierung menschlicher Materie ermöglicht. Das geht Dritt-, Umweltbewegungen und den Grünen nicht weit genug. Sie lehnen auch die Patentierung von Tieren und Pflanzen ab. Ob sich allerdings im Plenum eine Mehrheit für Frau Delvaux's Minimalkonsens finden wird, bleibt weiterhin fraglich. Vor der normativen Kraft der EU-Direktiven sind die Luxemburger Politiker schon des Öfteren in die Knie gegangen.

**ERZIEHUNGSURLAUB**

# Väter kommen langsamer

**Ersten Zwischenbilanzen zum Congé parental zufolge steht eine größere Welle von Vätern, die für die Erziehung ihrer Kinder ihr Recht auf Pappé-Congé wahrnehmen, noch bevor.**

(ik) - Es ist wie mit dem berühmten Glas Wasser: Pessimistisch gesehen, ist es halbleer. Optimistisch betrachtet, es ist hingegen halbvoll. Bei der Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubes ist es bis zu paritätischen fünfzig Prozent zwar noch ein sehr weiter Weg, aber immerhin: Die Väter, die für die Erziehung ihrer Kinder sechs Monate zu Hause bleiben, werden mehr. Diese optimistische Prognose lässt sich einem Bericht des Familienministeriums entnehmen, den die "Chambre des employés privés" in ihrer jüngsten Ausgabe des "Dialogue" veröffentlicht hat. Der Anteil der Männer an allen ErziehungsurlauberInnen liegt zurzeit bei rund dreizehn Prozent. Und die AutorInnen hoffen, dass diese Zahl weiter steigt. Begründung ist folgende Beobachtung: Pappén im Congé starten meist aus der zweiten Reihe. Das heißt, sie nehmen ihr Anrecht auf sechs Monate Erziehungsurlaub erst im Anschluss an den bereits von der Mutter genommenen Congé de maternité und Congé parental wahr. (Laut Gesetz kann der mit rund 67.000 LUF vergütete Erziehungsurlaub bis zum 5. Lebensjahr genommen werden.)

"Die Diskussion um die Chancengleichheit tritt auf der Stelle, wenn wir die Väter nicht stärker motivieren können, ihren Teil an den Erziehungs- und Familienaufgaben zu übernehmen", sagt

Christa Brömmel, Mitarbeiterin des Frauendokumentationszentrums Cid-femmes gegenüber der woxx. Das Luxemburger Gesetz, das eine Aufteilung des insgesamt einjährigen Erziehungsurlaubes zu gleichen Teilen auf Vater und Mutter vorsieht und keine Übertragung der Anrechte erlaubt, findet sie grundsätzlich positiv. "Das ist ein kleiner Meilenstein", ist Brömmel überzeugt.

Doch noch immer gibt es viele Väter, die über ihr Recht nicht oder ungenügend informiert sind. Dasselbe gilt für viele Betriebe in Luxemburg. Damit sich alle Betroffenen auf die neue Sachlage einstellen können, hat das Cid-femmes in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in dieser Woche gleich zwei Veranstaltungen zum Thema Congé parental organisiert. Fokus unter anderem: die Implikationen, die das Gesetz für die ArbeitgeberInnen mit sich bringt. "Wir wollten uns insbesondere an die Klein- und Mittelbetriebe richten", so Brömmel. In einem "Denkseminar" am heutigen Freitag werden Väter im Erziehungsurlaub und Leute aus der Praxis gemeinsam mit Gleichstellungsbeauftragten und Personaldelegierten über Schwierigkeiten und Lösungsmodelle bei der Umsetzung des Congé parental diskutieren.

"Die Schwierigkeiten mit dem Congé hängen von der Größe

des Betriebes und der Teams ab", präzisiert Christiane Bertrand-Schau von der Industrielienföderation (FEDIL) das von Arbeitgeberseite oft pauschal vorgetragene Argument der betrieblichen Wirklichkeit. Vor allem kleinere Betriebe aus dem Handwerks- und Baubereich sowie Unternehmen mit hochqualifizierten Arbeitskräften hätten Probleme, beurlaubte MitarbeiterInnen zu ersetzen. Das Argument der Gewerkschaften, Unternehmen sollten bei Bedarf auf Arbeitslose zurückgreifen, lässt die FEDIL-Mitarbeiterin nicht gelten: "Alle Betriebe, die ich kenne, klagen schon jetzt über Arbeitskräftemangel."

Bei größeren Unternehmen wie etwa der Bank Dexia international verläuft die Umsetzung nach eigenen Angaben reibungslos: "Schlimmstenfalls greifen wir auf MitarbeiterInnen aus anderen Abteilungen zurück", erklärt Lohnabteilungsleiter Jean Eischen. Ob sein Unternehmen die durch den Erziehungsurlaub entstehenden Lücken auch mit Neueinstellungen schließt, wusste der Mitarbeiter nicht zu beantworten.

Doch gerade diese Frage ist wichtig: Für den Fall, dass der als beschäftigungspolitische Maßnahme konzipierte Congé bis zum Jahr 2003 die gewünschten Effekte auf den Arbeitsmarkt vermissen lässt, sieht das Gesetz eine Kürzung auf drei Monate vor. FEDIL-Mitarbeiterin Bertrand-Schau hat bereits signalisiert, dass die ArbeitgeberInnen unter diesen Umständen Neuverhandlungen verlangen werden.

